

**Sport heute:  
vom Sonntag!**

Preis 20 Pf. monatlich  
3.10 Pf. vierteljährlich  
bis zum 1. Juli  
Anzeigenpreis 10 Pf. pro Zeile  
unter Streifen 5 Pf.  
Werstattungsanzeigen 6 Pf.  
Die in der Zeitung veröffentlichten  
Schluss der Inseratannahme in der  
Abendausgabe am Tage vorher bis  
spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien**

**Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**

**Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 400 30.  
**Verwaltung:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 430 02.  
**Abteilung für den Verkauf:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 430 02.  
**Abteilung für den Vertrieb:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 430 02.  
**Abteilung für den Druck:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 430 02.

## Gegen die Hoover-Young-Front!

**Rede des Genossen Doriot in der französischen Kammer — Rüstet zum 1. August gegen den imperialistischen Krieg — führt Streitbeschlüsse zum 1. August — Es lebe der revolutionäre Internationalismus!**

Paris, 27. Juni. In der Kammerdebatte sprach für die kommunistische Fraktion der Genosse Doriot. Er erklärte, daß der Hoover-Plan dem Young-Plan einen endgültigen Schlag versetzt, diesem Plan, den die französische Kammer vor kaum einem Jahre als endgültige Regelung der Kriegsschulden ratifizierte. Aber schon damals erklärten die Kommunisten diesen Plan als vollkommen unannehmbar für die internationale Arbeiterklasse und für unausführbar für die Bourgeoisie. Die Anwendung des Young-Planes während eines Jahres hat die Wirtschaftskrise bedeutend verschärft.

Genosse Doriot analysierte den Hoover-Plan und zeigte auf, daß dieser ein Versuch zur Bildung eines englisch-deutsch-amerikanischen Bündnisses gegen die Hegemonie des französischen Imperialismus in Europa ist. Diese Tatsache erklärt, weshalb die französische Bourgeoisie den Hoover-Plan so übel aufgenommen hat. Nicht die Finanzfrage ist es, die den französischen Imperialismus beeinflusst, sondern die Angst vor dem amerikanischen Imperialismus.

Eine andere Ursache des Hoover-Vorschlages ist der drohende finanzielle Zusammenbruch Deutschlands, der einen tödlichen Schlag auch für die Wallstreet bedeuten würde. Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland beunruhigt Amerika. Es ist nicht zum ersten Male, daß Amerika in ähnlichen Fällen eingreift, um Deutschland eine gewisse Atempause in den Reparationszahlungen zu gewähren und die deutsche Bourgeoisie vor der Revolution zu retten.

Auch ihr, französische Bourgeoisie, wollt der deutschen Bourgeoisie helfen, denn auch ihr fürchtet in nicht geringerem Maße die wachsende revolutionäre Gefahr in Deutschland, aber ihr wollt zur gleichen Zeit eure Hegemonie aufrechterhalten und Deutschland nicht von den Fesseln des Versailler Vertrages befreien. In dieser Politik seid ihr euch einig, angefangen vom Sozialdemokraten Blum bis zum rechten Marin-Flügel. Und aber gereicht es zur Ehre, nicht zu dieser imperialistischen Einheitsfront zu gehören. Die deutsche Krise, besonders die Lage der deutschen Arbeiterklasse, wird durch den Hoover-Plan absolut nicht verbessert, der im übrigen auch eine neue Kriegsgefahr enthält, denn man fordert von Deutschland als Entgelt für die finanzielle Hilfe, daß es mit den Imperialisten gegen die Sowjetunion zusammenarbeitet.

Im vollen Einverständnis mit den deutschen und amerikanischen Kommunisten proklamieren wir die unbedingte Notwendigkeit, den Vertrag von Versailles, den Young-Plan, sowohl den Hoover-Plan als auch alle Kriegsschulden abzuschaffen. Die französische Bourgeoisie, die Hauptausbeuterin dieser Verträge, will die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufputschen. Wir werden energisch Front machen gegen eine solche Verheerung. Solidarisch im Kampf für den Frieden, werden die Werktätigen Deutschlands und Frankreichs

die imperialistischen Verträge zerbrechen und dem Krieg gegen die Sowjetunion den härtesten Widerstand entgegensetzen.

Wir weisen auf die nachstehende politisch wichtige Stelle in der Resolution des 11. Exekutivums zum Referat des Genossen Cachin besonders hin:

„Die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist zu einer unmittelbaren Gefahr für das gesamte Weltproletariat geworden.“

Durch die Hoover-Aktion hat die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion eine ungeheure Zuspitzung erfahren. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Blatt der Schwerindustrie, sagt u. a., daß man in Amerika den Bolschewismus wie die Pest hasst.

### Breslauer rote Sportler

## Gegen die Verbotshetze der Spartakiade

**Protest gegen die Notverordnung — zehn Sportgenossen werden Mitglieder der A.D.!**

Breslau. Am Freitagabend voriger Woche haben in einer Versammlung die roten Sportler von „Fichte“, Breslau, zu der Krise und ihren Auswirkungen auf die arbeitende Bevölkerung Stellung genommen. Im Verlauf der Versammlung traten zehn rote Sportgenossen der kommunistischen Partei als Mitglieder bei. Gegen die Notverordnung und die Verbotshetze der Spartakiade wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung der Fichte-Sportler nimmt zu der Krise und ihren ungeheuren Folgen für die werktätige Klasse Stellung und erkennt, daß nur das Arbeitsbeschaffungsprogramm der kommunistischen Partei Arbeit und Brot für die Massen bringen kann.“

Die bürgerliche Klasse hat ihre ganze Ausweglosigkeit der arbeitenden Bevölkerung vor Augen geführt und versucht mit der Notverordnung die hungernden Massen niederzuhalten. Die Fichte-Sportler geloben, mit ganzer Kraft an der Seite der kommunistischen Partei, die sich als einzige wirkliche Führerin im Kampfe gegen die Notverordnungen gezeigt hat, bis zur Beseitigung der Notverordnungen, bis zur Überwindung des ganzen kapitalistischen Systems, zu kämpfen.

Die versammelten Fichte-Sportler protestieren auf das entschiedenste gegen die neue Verbotshetze der Spartakiade der A.D. Mit ganzer Kraft werden wir für das beste Gelingen der Spartakiade eintreten.“

(Die amerikanischen Kapitalisten sind selbstverständlich darunter gemeint. Die Red.) Und deshalb will Amerika eine einheitliche Front gegen Sowjetrußland zustandebringen.

Deshalb gewinnt der vor uns stehende 1. August, der Tag des Kampfes gegen die imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion eine weit größere Bedeutung als in den vergangenen Jahren. Aus diesem Grunde müssen wir jetzt schon an die Massenmobilisierung der ausgebeuteten Klasse in Stadt und Land herangehen. Das wirksamste Mittel gegen den imperialistischen Krieg ist der politische Massenstreik. Laßt jetzt schon Streitbeschlüsse zum 1. August fassen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die gegen die Panzerkrenzerpolitik der Weis u. Co. rebellieren, müssen für die revolutionäre Antikriegsfront gewonnen werden.

Dem Beispiel der Breslauer Fichte-Sportler müssen Schlesiens und Oberschlesiens Arbeiter-sportler folgen. Die neue Verbotshetze gegen die Spartakiade muß durch Massenproteste nicht nur der Arbeiter-sportler, sondern aller Werktätigen zunichte gemacht werden.

## Genosse Brodde ab heute im Hungerstreik

Breslau, 29. Juni. Der Genosse Werner Brodde ist heute im Altschlauer Gefängnis in den Hungerstreik getreten. Genosse Brodde kämpft um die Anerkennung der politischen Lieberzeugungstätigkeit, gegen den barbarischen Strafvolzug.

Werktätige, unterstützt diesen heroischen Kampf durch Protestaktionen. Stärkt das Solidaritätsangebot der Roten Hilfe!

## Eisenbahnarbeiter gegen Hungernotverordnung

Oppeln. Am 26. Juni fand in Buchenau eine von der A.D. einberufene Belegschaftsversammlung des Gleisbautrupps A.D. Oppeln statt. Ein Vertreter der A.D. sprach über die neue Hungernotverordnung. Er legte der Belegschaft klar, daß diese Verordnung besonders auch wieder die Eisenbahner trifft. Nicht bloß die Eisenbahnarbeiter, sondern auch die Beamten werden auf das schändlichste ausgebeutet. Die von den Reformisten so viel gepriesenen Tarifverträge und die Schlichtungsordnung werden durch die Notverordnung beseitigt zu dem Zweck, Lohnkürzungen und Kürzung der Arbeitszeit vorzunehmen. Der Vertreter der A.D. zeigte auch hier bei diesen Maßnahmen das verräterische Verhalten der reformistischen, christlichen und gelben Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratischen Partei auf. An der Diskussion beteiligten sich unorganisierte und auch im Einheitsverband organisierte Kollegen. Sie alle brachten zum Ausdruck, daß auch sie erkannt haben, daß nur die A.D. gewillt und in der Lage ist, die Eisenbahner für bessere Verhältnisse in den Kampf zu führen. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die heute, am 26. Juni 1931, in Buchenau von der A.D. einberufene Belegschaftsversammlung des Gleisbautrupps A.D. Oppeln nimmt Stellung zu der letzterlassenen Notverordnung. Die Belegschaft sieht in dieser Verordnung einen weiteren Angriff auf

die werktätige Bevölkerung und nicht zuletzt auf die Eisenbahner. Die Belegschaft protestiert auf das schärfste gegen diese brutalen Maßnahmen und gelobt, mit aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln unter Führung der A.D. nicht nur für die Beseitigung der Notverordnung, sondern auch für ein Sowjetdeutschland zu kämpfen.“

Die Reichskonferenz der A.D. hat die Betriebe zum Massenstreik gegen die Hungernotverordnung aufgerufen. Unter der Losung: „Die Hungernotverordnung muß fallen! Das Volk will leben!“ müssen die Betriebe streikfertig gemacht werden!

### Genosse Jean Winterich tot

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der kommunistische Landtagsabgeordnete Jean Winterich, der Mitglied des Polit-Büros des Z.R. der A.D. war, ist am Sonntag früh um 1.30 Uhr nach längerer Krankheit im Krankenhaus Berlin-Brig gestorben. Winterich wurde am 10. Februar 1886 geboren und gehörte seit 1927 dem Preussischen Landtag an und war eine kurze Zeit auch Mitglied des Reichstages. Im Landtag vertrat er den Wahlkreis 20 (Köln-Bez.). Genosse Winterich hand in den vorletzten Reihen der kommunistischen Partei, die in ihm einen der besten Mitarbeiter verlor.

## Ab 1. Juli

tritt die Notverordnung in Kraft. — Werktätiger, wehrt da, was das bedeutet?

### Ab 1. Juli

wird die neue Kräftesteuer vom Lohn abgezogen, wird die Gehaltskürzung der Beamten und Angestellten durchgeführt, werden ihre Kinderzulagen um die Hälfte gekürzt, erfolgt Streichung und Kürzung der Renten der Kriegsbekindigten-Witwen, fallen die Kinderzulagen für Kriegsbekindigte unter 50% weg, müssen Kriegsbekindigte Kranken- und Pflegeheimgebühren zahlen, tritt die Kürzung der Knappschaftsrente in Kraft.

### Ab 13. Juli

kommen die Kürzungen und Streichungen der Erwerbslosenunterstützung.

### Was tut dagegen rot?

Massenstreik gegen jeden Pfennig Lohnabbau durch Notverordnungen! — auf engte verbunden mit der Massenaktion der Erwerbslosen und aller Opfer der Notverordnung!

# Diktatur über die Gemeinden!

## Gesteigerte Volksausplünderung durch die Notverordnung

Die Notverordnung wird die Reichsfinanzen nicht sanieren, sie wird aber den finanziellen Ruin der Gemeinden herbeiführen. In der letzten Zeit hatten die Gemeinden durchschnittlich im Monat einen Zugang von 60 000 bis 70 000 Erwerbslosen zur Wohlfahrtsfürsorge. Durch die Verstärkung der Unterhaltungsabgabe für die Saisonarbeiter wird die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen gewaltig answellen und so die finanzielle Belastung der Gemeinden außerordentlich verstärkt werden. Das ist nur eine Auswirkung der Notverordnung. Die andere besteht darin, daß die letzten Reste der kommunalen Selbstverwaltung beseitigt werden.

„Übersteige die Ausgaben einer Gemeinde die Einnahmen, so hat die Staatsaufsichtsbehörde das zu wirken, daß der Ausgleich durch Senkung der Ausgaben erreicht wird.“

Diese Bestimmung der Notverordnung bedeutet einen ungeheuerlichen Nachschlag auf die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

In welcher Gemeinde übersteigen heute nicht die Ausgaben die Einnahmen? — Das laufende Staatjahr hat kaum begonnen und schon haben die Gemeinden ein riesiges Defizit. Und das trotz der kürzlichen Kürzung der Ausgaben im Wohlfahrtsset, trotz Lohn- und Gehaltsabbau bei den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten.

Die Ausgaben vermindern, das heißt für die Staatskommissare und die Kommunalbürokratie nichts weiter als die Senkung der Rücksicht der Wohlfahrtsunterstützung, den Abbau der Volksschulsysteme; die Verminderung der Ausgaben für das Gesundheitswesen. Die Ausgabenentlastung der Gemeinden wird nur in ausgesprochen volksfeindlichen Handlungen bestehen.

Ein andere Auswirkung der Notverordnung wird darin bestehen, die Gemeindefinanzen zu sanieren durch Verschleudung der städtischen Werke an das Finanzkapital. Die Gemeindefinanzen sind für das heutige Finanzkapital eine Profitquelle von größter Ergiebigkeit. 300 Millionen Mark wurden im letzten Jahre allein aus der kommunalen Elektrizitätsversorgung gezogen. Weitere 180 Millionen Mark aus der Gas- und Wasserversorgung. Diese 180 Millionen Mark jährliche Betriebsüberschüsse der kommunalen Betriebe, herausgeschoben aus den Knochen der Gemeindearbeiter, fließen bisher den städtischen Kassen zu.

Das ist ein fetter Brocken, auf den natürlich die Kapitalisten nicht verzichten wollen. Milliarden haben diese Volksausbeuter ins Ausland verschoben. Die Bankzinsen für dieses nach der Schweiz und Holland verschobene Kapital bringen nicht solchen Gewinn, wie die profitable Anlage dieses Kapitals in den privatisierten Versorgungsbetrieben. Die ins Ausland verschobenen Kapitalisten sollen über den Weg der internationalen Konventionen nutzbringend für die Kapitalverschieber in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft angelegt werden. Die Verschönerung der Berliner Elektrizitätswerke ist ein typisches Beispiel für diese Methode der Volksausplünderung. Die Kosten hat die werktätige Bevölkerung zu zahlen. Die kapitalistischen Monopole für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft werden selbstverständlich zur Erhöhung der Strom-, Gas- und Wasserpreise führen. Außerdem wird man versuchen, durch verstärkte Ausbeutung der Gemeindearbeiter die Gewinnquote zu erhöhen. Das Volk zahlt und wird geschunden, die Kapitalisten aber gewinnen immer neue Hunderte von Millionen.

Die Kommunalparlamente und Verwaltungen sollen dem unmittelbaren Massendruck entzogen werden! Staatskommissare werden die Diktaturgewalt auf Grund der Notverordnungen ausüben. Die Kommunalbürokratie ist ein williges Organ zur Durchführung der Diktaturmaßnahmen. Die reaktionären Parteien — insbesondere die SPD. — werden „protestieren“ gegen die vollkommene Beseitigung der Selbstverwaltung. Die SPD. aber war es, die durch die Rettung der Brüningregierung die Aufrechterhaltung der Notverordnung, die Vernichtung jeder Selbstverwaltung der Kommunen ermöglicht hat.

Die SPD. spielt überhaupt bei der Durchführung des arbeitersfeindlichen Kurses — wie immer — eine hervorragende Rolle. Wer legt die Staatskommissare ein? In Preußen der SPD.-Minister Severing. Wer handhabt die Staatsgewalt gegen hungernde Klassenossen? Die SPD.-Polizeipräsidenten, Landräte und Bürgermeister. Wer versucht, jeden Streik zu brechen? Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbojzen! Wer stützt Brüning? Die SPD.!

Noch der Widerstandswille der werktätigen Massen wächst Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub unter den Fahnen der KPD., Massenaktionen der Erwerbslosen gegen jeden Pfennig Unterhaltungsraub — das muß die Antwort der Millionenmassen auf die Notverordnung der Kapitalisten sein.

# „Bier bis sechs Milliarden ins Ausland verschoben“

## Der bürgerliche Professor Prion über die Steuerhinterziehung der Kapitalisten

Das Vaterland in Not! Es ist kein Geld da für Arbeitslosenunterstützungen, wir haben keine Mittel zur Ankerbelung der Wirtschaft, die Notverordnung kann nicht aufgehoben werden. — So heult der Chor der Kapitalisten und SPD.-Führer.

Aber was ist die Wirklichkeit? Der bürgerliche Professor Prion von der Berliner Universität veröffentlicht jetzt Material über die Steuerflucht der Kapitalisten. Nach Prions Berechnung wurde

in den Jahren 1925 bis 1930 von den deutschen Kapitalisten vier bis sechs Milliarden Mark ins Ausland verschoben.

Dadurch gehen der Reichskasse jährlich 300 Millionen Mark Steuern verloren, also das Doppelte des Betrages, den jetzt die Vermögensbesitzer einbringen soll. Da aber die ausländischen Banken das geschäftliche deutsche Kapital nur sehr niedrig verzinsen, in der Schweiz ist der Zinssatz schon bis zu 1 Prozent herabgedrückt worden, wird das deutsche Kapital zum großen Teil in ausländisch firmierten Holding- oder Tochtergesellschaften angelegt. Diese formell ausländischen Gesellschaften betreiben dann in Deutschland Unternehmungen, laufen die kommunalen Werke auf usw., bezahlen aber keine Steuern in Deutschland. Diese großzügige Steuerhinterziehung wird ganz offen betrieben, da sie direkt gesetzlich geschützt ist.

Dem verelendeten Arbeiter wird die Lohnsteuer, die jetzt durch die Kriegsteuer erhöht ist, direkt vom Unternehmer einbehalten. Die Millionäre, die Milliarden ins Ausland schieben und Hunderte von Millionen an Steuern hinterziehen, sind gesetzlich geschützt. Die SPD.-Führer begünstigen diese kapitalistische Frechheit und erklären, daß man gegen die Milliardenverschöpfung und die Steuerflucht der Kapitalisten nichts machen könne.

Aber die kommunistische Partei will diesem Standal ein Ende machen. Die werktätigen Massen, die es unmöglich hinnehmen können, daß ihnen jetzt die ungeheuren Lasten der Notverordnung auferlegt werden, währenddem die Kapitalisten ihren Milliardenraub immer mehr vergrößern, müssen mit der kommunistischen Partei kämpfen. Arbeiter, Werttätige, wehrt euch gegen die Verschleudung der Notverordnung, streift gegen jeden Pfennig Lohnraub, Massenkampf gegen die Volksausplünderung!

## Hitlers Lohnforderungen sind „Erpressung“

Adolf Hitler, der Herr des braunen Palastes, veröffentlicht im „Illustrierten Beobachter“ allwöchentlich „hochpolitische“ Wochenendbeleghe. In der letzten Nummer vom 27. Juni schreibt Hitler über „Die Nationalisierung der Massen“. Dabei entschließt sich ein Bekenntnis, das seine wahre Einstellung zu den Massen, die er „nationalisieren“ will, offenbart. Hitler spricht davon, daß

„ein Arbeiter wider den Geist einer wirklichen Volksgemeinschaft jähndigt, wenn er ohne Rücksicht auf das gemeinsame Wohl und den Bestand einer nationalen Wirtschaft, gestützt auf seine Macht, erpresserische Forderungen stellt.“

Die Massen sind demnach laut Hitler „Erpresser“, was es wasagen, Forderungen nach Besserung ihrer Lebenshaltung usw. zu stellen. Das erklärt derselbe Hitler, der selbst ein Leben der Prasserei und Verschwendung führt, der in der schwersten Krise der Massen Millionen für braune Paläste herauswirft, Hitler, der Besitzer feinsten Autos, ein Kaffee, der sich ebenso wie die Unternehmer vom Schweiß der Ausgebeuteten nährt. Mit dieser

Einstellung will Hitler die Massen gewinnen, so erklärt er in dem gleichen Artikel. Es heißt zum Schluß seiner Ausführungen:

„National aber ist es nicht das Ziel, eine Umschichtung im an sich nationalen Lager vorzunehmen, sondern ein Gewinn des antinationalen. Und dieser Gesichtspunkt ist ausschließlich maßgebend für die taktische Einstellung der gesamten Bewegung.“

Bisher haben die Naziführer vorwiegend Anhang aus solchen proletarisierten Kreisen gewonnen, die zu den kapitalistischen Parteien, denen sie bisher folgten, in Gegensatz gekommen waren. Jetzt hat Hitler von der Schwerindustrie Anweisung bekommen, seine Anstrengungen zur Gewinnung von sozialistisch denkenden Arbeitern zu verstärken. Derselben Arbeiter, die Hitler als „antinationale“ Elemente und Erpresser beschimpft! Die Naziführer werden damit kein Glück haben. Bereits ist ein Wiederabwandern von der Nazi-partei zu verzeichnen, Angestellte, proletarisierte Mittelständler und Kleinbauern kommen in immer größerer Zahl zur roten Einheitsfront. Es ist jetzt notwendig, Hitlers Ausführungen über Arbeiterforderungen in allen Be-

# Amerikanische Zinskolonie oder freies sozialistisches Deutschland?

## Die SPD. sagt:

„Nur wenn es gelingt, das Vertrauen des Auslandes (d. h. der Young-Kapitalisten, D. Reb.) wiedergewinnen und den internationalen Kapitalmarkt für uns (d. h. für die deutschen Ausbeuter. Die Reb.) zu erschließen, wenn es gelingt, durch vernünftige (d. h. kapitalistische, D. Reb.) Zoll- und Handelspolitik den Absatz zu heben, werden wir in der Lage sein, die Fabriken wieder zu öffnen und Arbeit zu schaffen (d. h. die kapitalistische Sklaverei zu verewigen, D. Reb.)“ („Hamburger Echo“ [SPD.] v. Sonntag, 21. 6. 31.)

## Die KPD. sagt:

„Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und ausländischen Kapitalisten annullieren. Die Großhändler, die Magnaten des Handelskapitals, treiben heute die kleinen Kaufleute in den Ruin, werfen Tausende von Angestellten aufs Pflaster, vernichten Hunderttausende Mittelstandbesitzungen, wuchern die Bauern aus und schrauben die Preise für Massenkonsumartikel empor. Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Handelsmagnaten Einhalt gebieten, den Großhandel nationalisieren, starke Konsumgenossen schaffen, die die Interessen aller Werttätigen wirklich vertreten und sie von räuberischen Profitmachern befreien werden. Mit eiserner Faust werden wir jede Spekulation, die sich die Not der Werttätigen zunutze macht, zerhmettern.“

(Aus der Programmklärung der KPD. zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.)

Der Führer der KPD., Ernst Thälmann, hat in seiner großen Rede „Katastrophe oder Sozialismus“ vor 20 000 Berliner Arbeitern im Sportpalast am 11. Juni aufgezeigt, daß der Weg der deutschen Bourgeoisie die reiflose Umwandlung Deutschlands in eine Zinskolonie des internationalen Finanzkapitals bedeutet. Der Vorschlag Hoovers bedeutet einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege. Die SPD.-Führer bejubeln die Politik der Dollarkönige, durch die Deutschland für alle Zeiten in die Fesseln internationaler Zinskaverei geschlagen werden soll.

Die KPD. aber zeigt den Weg zum Sozialismus. Vor den Massen steht die entscheidende Frage:

## Welchen Weg wollt ihr gehen?

Mit der Bourgeoisie und ihrer SPD. in das Gland und die Hoffnungslosigkeit einer vollständigen kapitalistischen Zinskaverei, oder mit der KPD. für ein freies, sozialistisches Deutschland?

# „Unsere Genossen verzweifeln an der Partei“

Empörung in der Kölner SPD.

In der Mitgleberversammlung der Kölner SPD. am 23. Juni versuchte Sollmann, den sozialdemokratischen Arbeitern verständlich zu machen, daß die Unterstützung der Brüningregierung im Interesse der Arbeiter selbst liege. Vergeblich! Empört wandten sich zahlreiche Diskussionsredner gegen die Sollmann-Politik.

Der erste Diskussionsredner, Henrich, erklärte:

„50 Prozent unserer Genossen verzweifeln an der Partei und verstehen ihre Politik nicht mehr.“

Wichels führte aus: „Uns ist keine Arbeit für die Partei zu schwer gewesen — jetzt lautet die Stimmung erheblich ab. Die Notverordnung muß beseitigt werden.“

Doa erklärte: „Die Notverordnung hat nur Giftzähne. Die Erwerbslosen wollen sehen, was geschieht, um zu verhindern daß Millionen immer arbeitslos bleiben.“

So erhob Rebner nach Rebner scharfe Anklage gegen die SPD.-Politik. In seiner Bedrängnis tat Sollmann, wörtlich nach dem Bericht der sozialdemokratischen „Arbeiterischen Zeitung“, folgenden Ausspruch: „Ob Brüning, wie hier gesagt worden ist, die Sozialdemokratie demütigen und schwächen will, möchte ich bezweifeln. Das wäre jedenfalls recht dumm, und Herr Brüning müßte das für einen katholischen Politiker sonderbare Ziel haben, den Bolschewismus auf Kosten der Sozialdemokratie zu fördern.“ Dieses Eingeständnis mögen sich die Arbeiter merken. Die SPD.-Führer wissen nichts anderes mehr, als sich als Schutzwall der Bourgeoisie gegen die kämpfende Arbeiterklasse zu empfehlen.

Sozialdemokratische Arbeiter, brecht mit den Sollmann und Wels! Folgt der KPD., die allein die Massen des Proletariats zum Kampfe gegen die kapitalistischen Ausplünderer führen kann.

erkehrs- und Gewerkschaftsversammlungen vorzulesen, sie überall bekanntzumachen und auch die Arbeiteranhänger, die der Millionär Hitler bisher irreführen konnte, werden weiter stark aufzuklären.

## Deutsche Arbeiter zur Sklavenarbeit in Frankreich gebrückt

Die Reichskonferenz der KPD. am 20. und 21. Juni nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die Durchführung des Youngplanes hat die deutsche Arbeiterklasse bereits zu einer Sklavenarmee des internationalen Kapitalismus gemacht. Derselben „Nationalsozialismus“, die die deutschen Arbeiter durch eine verlogene Hege ideologisch zu ihren Kriegsknechten machen wollen, gehen jetzt verflucht dazu über, die Arbeitslosen wie Vieh an ihre angeblichen Feinde, die ausländischen Kapitalisten, zu verkaufen. „Arbeitsvermittlung“ heißt es, wenn die deutschen Arbeiter an das französische Schwerkapital zur Ausbeutung vermittelt werden. Ungläubliche Arbeitsbedingungen, hundemäßige Entlohnung und unmensliche Wohnverhältnisse machen den Aufenthalt für alle untraglich und zwingen die Erwerbslosen zur Rückkehr nach Deutschland. Die Möglichkeit der Rückkehr soll jetzt durch Hungerdrohung verhindert werden. Die neue Notverordnung bringt Sperzpflichten für alle diejenigen, die gegen ihren Verkauf als Sklaven an das ausländische Kapital rebellieren und die Arbeit nicht aufnehmen. Die Profitsucht der deutschen Patrioten nimmt keinen Anstoß daran, die deutschen Arbeiter zur offenen Kriegsrüstungsarbeit, wie Festungsbau usw. nach Frankreich zu deportieren.“

Die 2. Reichskonferenz der KPD. brandmarkt diesen menschenwürdigen Sklavenhandel, der von den deutschen Ausbeutern durchgeführt und von der SPD. und den Nationalsozialisten unterstützt wird. Sie ruft alle Arbeiter gegen diese Schmach zum Widerstand auf. Nur der Kampf gegen diese Regierung und ihre Steigbügelhalter, die Beibehaltung des kapitalistischen Systems kann die deutschen Arbeiter vor dieser menschenwürdigen Behandlung bewahren.“

# Breslau

Eine blaue Kontrollmarke erhält nur das Parteimitglied, das sein Mitgliedsbuch in Ordnung hat

## Hausdurchsuchungen der Kriminalpolizei

Bei dem Jsa-Mitglied Bruno Kaspke wurde heute morgen, 5,30 Uhr, durch drei Kriminalbeamte Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurden fünf „Tribunale“ beschlagnahmt, zwei alte Seitengewehre, die als Spielutensilien der Jsatruppe gebraucht wurden. Das Auftreten der Beamten war alles andere wie anständig. Der Genosse Dr. Kaspke wurde verhaftet und sitzt bis zur Stunde noch in Haft.

## Heraus zur Protestversammlung!

am Mittwoch, dem 1. Juli, 20 Uhr, im „Bergkeller“, gegen den Strafvolzug an 5000 politischen Gefangenen — Für Freilassung aller, antäglich der Stahlhelmordbefehle Verhafteten. Note Hilfe Deutschlands, Bezirk Schlesien.

## Ueberfall auf der Liebigstraße

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend überfielen einige junge Leute den Inhaber des Lokals „Villa Liebig“. Die Rowdys stürzten sich in das Lokal und hieben mit einem Schoppenglas auf den Wirt ein. Derfelbe brach darauf zusammen und mußte mit einer klaffenden Wunde ins Krankenhaus geschafft werden. Es handelt sich hier um einen gut organisierten Ueberfall, der bis in alle Einzelheiten vorbereitet war. Als die Polizei benachrichtigt wurde, sprangen die Burschen auf die bereitstehenden Fahrräder und verschwanden. Da nichts mitgenommen wurde, nimmt man an, daß es sich um einen Raubakt handelt.

Unfallfall. Am 28. Juni gegen 18,45 Uhr ließ sich der Fleischerlehrling Oswald Bindner, Fleischaustraße 15 wohnhaft, an einem Baugerüst im Hofe des Grundstücks Fleischaustraße 15 mittels eines Strides hochziehen. Der Strid riß, als sich O. in Höhe des 3. Stockwerkes befand. Er stürzte herab und verletzte sich erheblich. Er wurde in die Wohnung seines Lehrherrn geschafft.

## Buchkontrolle für Breslau-Stadt

Die Buchkontrolle findet in den einzelnen Stadtteilen wie folgt statt:

- Nordost: Dienstag, den 30. Juni, von 17 bis 21 Uhr, Donnerstag, den 2. Juli, von 17 bis 20 Uhr, bei Pirsch, Girsch, Ede Bodstraße.
Zentrum: Montag, von 11 bis 16 Uhr, Mittwoch, den 11 bis 16 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupferhämmerstraße.
West: Dienstag, den 18 bis 21 Uhr, Donnerstag, von 18 bis 21 Uhr, im „Anglerheim“, Westendstraße.
Süd: Dienstag, von 18 bis 21 Uhr, Donnerstag, von 16 bis 20 Uhr, bei Janke, Friedrichstraße, und bei Langner, Gottschall-, Ede Auguststraße.
Ost: Dienstag, von 17 bis 21 Uhr, Donnerstag, von 17 bis 21 Uhr, bei Soudil, Königgräber Straße.
Nord: Dienstag, von 14 bis 21 Uhr, Donnerstag, von 14 bis 21 Uhr, bei Salomon, Rojenstraße.

Eine weiße Kontrollmarke im Parteibuch bedeutet daß man seinen Parteipflichten nicht nachgekommen ist

# Die SPD. als Leichenfledderer

Der tägliche Schmutzflübel der „Volkszeitung“ — Funktionäre erteilen den Tintentulis eine proletarische Abreibung

Brig. Am Donnerstag stand unser Genosse Schüller, der zurzeit im hiesigen Gefängnis eine neunmonatige Strafhaft verbüßt, vor dem Klassenrichter. Es handelte sich um einen Vorgang, der zurückdatiert auf die Wahlperiode. Die Sozialdemokraten, die in ihrer „Volkszeitung“ die Kommunisten in schmutzigster Weise bekämpfen, führen den Kampf auf persönlichem Gebiete, da ja auch ihre politische Argumentation auf den Misthaufen der Geschichte gehört. So machte man es mit dem Genossen Flegel und später mit dem Genossen Schüller. Während der Reichstagswahlkampagne erstiegen diese Tintentulis den Gipfel der Gemeinheit. Den Bericht über eine öffentliche SPD-Verammlung, wo der Genosse Müller, Breslau, sprach, machte man zu einer Leichenschändung überlaster Art. Man zog in diesem Schmutzarbeit über den Vater unseres Genossen Müller her, der vor etwa zehn Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden war. Diese dreckige, gemeine Manier der SPD. innerhalb des politischen Kampfes zeugt von dem Geist dieser gutbezahlten Hungen. Genosse Schüller forderte nun eine Verchtigung in der „Volkszeitung“. Da nun diese nicht erschien, griff der Genosse Schüller zur Selbsthilfe und erteilte dem Leichenfledderer eine proletarische Abreibung. Diese Dinge standen nun zur Aburteilung. Die SPD., feige wie sie nun mal ist, ließ einen Rechtsanwalt als Vertreter ihres Schmutzflübels auftreten. Genosse Schüller rechnete sehr derb mit den Leuten ab und erklärte, daß nicht er, sondern diese Leute auf die Anklagebank gehören. Wegen dieser schmutzigen Art des politischen Kampfes werden sich auch die SPD.-Arbeiter. Die Hampelmänner der „Volkszeitung“, die ihre politische Befähigung durch diese schofle Handlungsweise dokumentierten, werden bei uns stets in „dankbarer“ Erinnerung bleiben.

Doch jeder ehrliche Arbeiter, der auch nur einen Funken proletarisches Ehrgefühl hat, macht Schluß mit diesen Leichenfledderern und geht zur SPD., bei der der Kampf mit politischen Argumenten geführt wird.

## „Bei Lena sind viele gefallen...“

(Jungarbeiterkorrespondenz) Die Schüler der Berufsschule I, Berliner Straße, sangen in der Morgenpause von 9 bis 10 Uhr das Veunalied. - Ganz entseht, so etwas zu hören, suchte der Lehrer denjenigen zu erlangen, der das Lied angestimmt hatte. Doch da kam er dumm an. Nach gründlicher Forchtung konnte er weder den Künstler lassen, noch die Sänger erwischt. Da nahm er nun sein Schülerverzeichnis und beschwand. Ein anderer Lehrer machte nun weiter mit den Schülern, erwähnte aber nichts von dem Vorfall.

Die junge Garbe Liebtwecht, die ihren Kampf überall dorthin trägt, wo Jungarbeiter sind, muß ihre vornehmste Aufgabe zum 1. August erfüllen. Seit Bestehen einer sozialistischen Jugend war ihre Hauptaufgabe:

„Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr!“ Der SPD., indessen Reichen die Besten der Jugend veranfert sind, wird als einzige revolutionäre Jugendorganisation die gesamte werktätige Jugend alarmieren zum 1. August. Tragt den Gedanken des Kampfes gegen die fändige imperialistische Kriegsgefahr in die Fabriken, Schulen, Stempelstellen usw. Bleibt die Jugend ein in die Front des wehrhaften Proletariats!

## Heraus zur

# Protestkundgebung gegen die Notverordnung

am Montag, dem 29. Juni, 18 (abends 6) Uhr, auf dem Platz der Republik. Antreten der Stadtteile um 17 (5) Uhr: Ost: Königgräber Straße; Nordost: Girschstraße, Ede Bodstraße; Nord: Weissenburger Platz; West: Anglerheim, Leuthenstraße; Süd: Friedrichsplatz; Zentrum: Neumarkt.

# Reichsbannerproleten rebellieren

Oblau. Auf Grund der letzten Zusammenstöße des Stahlhelms mit revolutionären Arbeitern heizt wohl keine Zeitung mehr als die „Krieger Volkstanz“. Jedes hatten auch die Reichsbannerproleten einmal Gelegenheit, ein ernstes Wort mit den Nazis zu sprechen. Unsere „Arbeiter-Zeitung“ nahm in einem größeren Artikel zu den Zusammenstößen des Reichsbanners und der Nazis Stellung, und dieser Artikel wirkte wie eine Bombe. SPD.-Arbeiter haben darauf erkannt, wer der Feind und der Spalter der Arbeiterklasse ist. Ein großer Proteststurm ging durch die Ohlauer Arbeiterschaft gegen die Schreibweise der „Volkszeitung“. Ehrliche SPD.-Arbeiter abonnierten die „Arbeiter-Zeitung“. Auch gegen die Führung im Reichsbanner ist eine starke Opposition vorhanden, so daß das Ohlauer Reichsbanner der Auflösung nahe steht. An uns wird es nun liegen, Genossen, die SPD.-Arbeiter für die rote Klassenfront zu gewinnen. Verstärkt die Arbeit, der Erfolg bleibt nicht aus. Diese Anzeichen der Zerlegung in den Reihen des Gegners sind für uns als Kommunisten eine ernste Mahnung, mehr denn je zu arbeiten für die Herstellung der roten Einheitsfront!

und sie werden alle ihre Kräfte bereinsetzen, Aufklärung unter den Arbeiterfrauen zu schaffen und sie für die rote Front zu gewinnen, trotz der Frau Oberförsterin und ihrer Lakaien.

## Ohlau RGO. Ohlau gibt Rechtsauskunft

Die Rechtsauskunftsstelle der RGO, sowie sämtlicher Nebenorganisationen befindet sich jetzt Ohlau, Decker Weg 4. Sprechstunden sind täglich von 9 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr. Wir hoffen, daß die Ohlauer Arbeiterschaft von dieser Einrichtung regen Gebrauch macht. Auskunft in allen Rechtsfragen wird kostenlos erteilt.

## Strehlen

### Zeugen gesucht!

Alle diejenigen Personen, welche im Januar d. J. die Nationalsozialisten in der Münsterberger Straße bei ihrem tätlichen Angriff auf unsere Genossen aus unmittelbarer Nähe gesehen haben, wollen sich umgehend bei den Genossen R. Bernhardt, Lenaustraße 14, und Josef Tippelt, Große Fischerstraße, melden. Ortsgruppenleitung der Roten Hilfe.

## Jelisch

### Solche Menschen gibt es auch

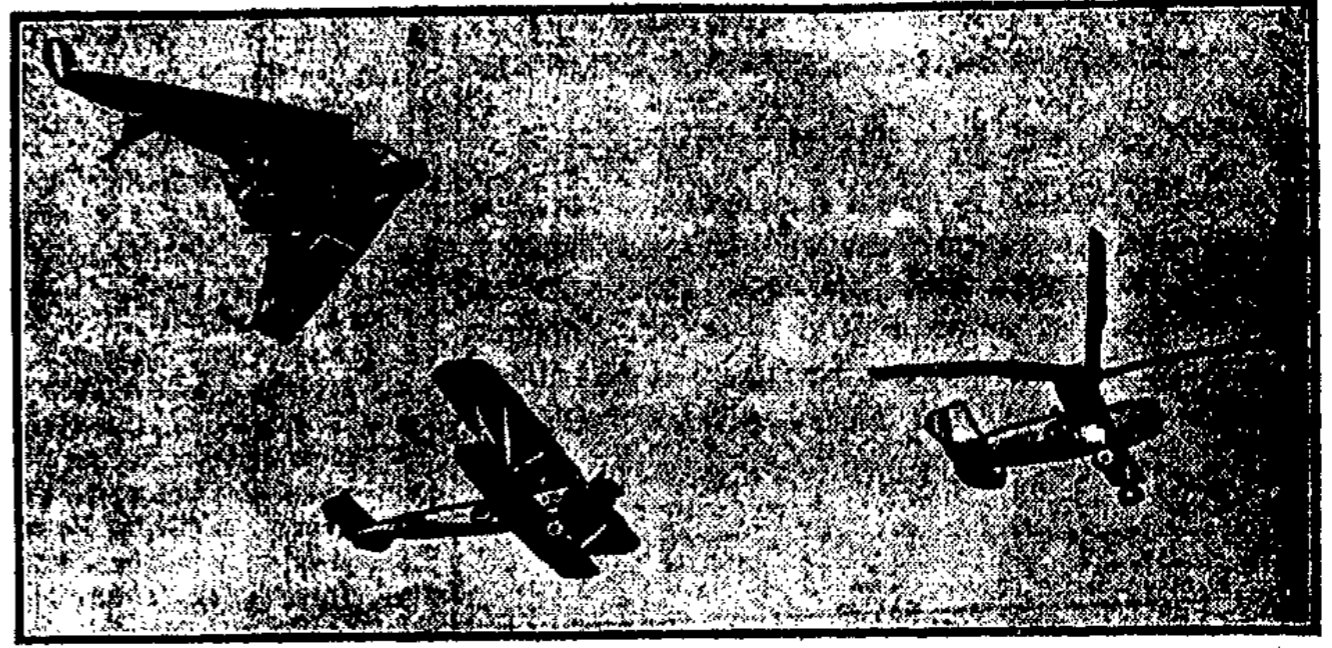
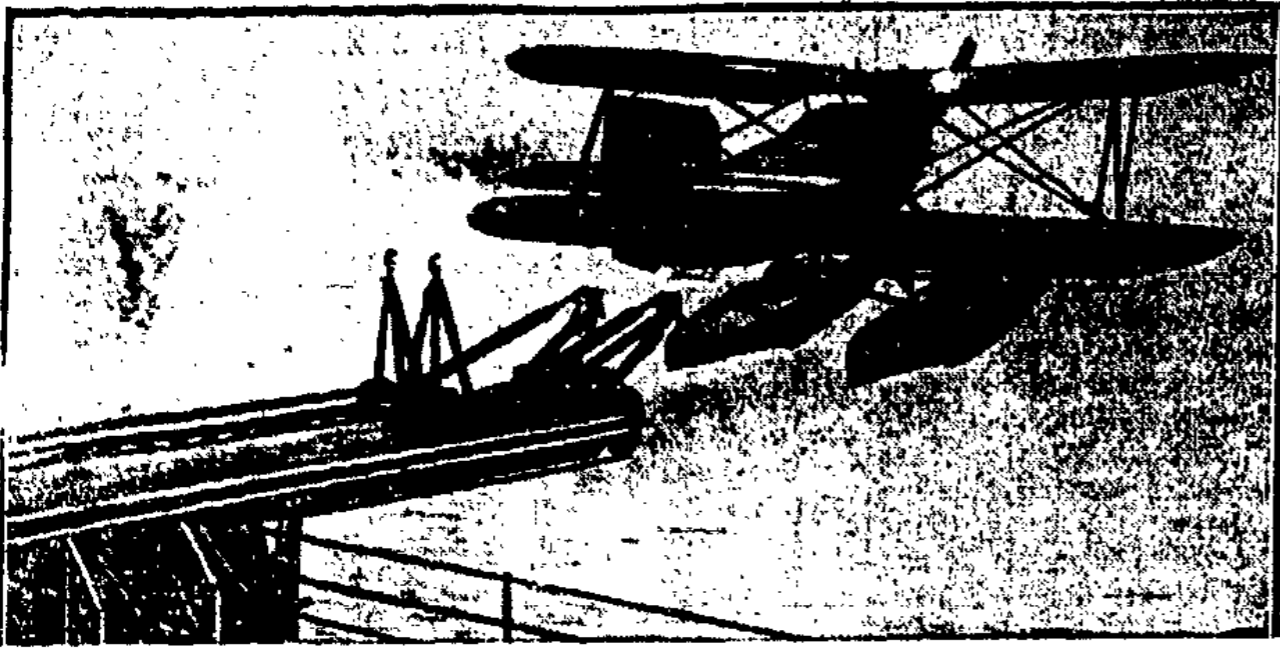
Die junge Ortsgruppe der SPD. ist den Anhängern des Dritten Reiches natürlich ein Dorn im Auge. Um die Arbeiterfrauen, die treu zur kommunistischen Partei halten, dazu zu bringen, daß sie Berrat an ihren Klassegenossen begehren, fertigt Frau Oberförsterin Listen an, worin sich die Ortsbewohner verpflichten sollen, den Arbeiterfrauen, die sich zur roten Klassenfront bekennen, keinerlei Berdienstmöglichkeit zu geben. In diesem Vorhaben wird sie von dem Parteisekretär sowie ihrem Mann tatkräftig unterstützt. Doch das alles wird die Arbeiterfrauen nicht dazu zwingen können, der roten Fahne untreu zu werden. Im Gegenteil, durch den angewendeten Terror wird den Arbeiterfrauen erst recht zum Bewußtsein gebracht, daß sie sich in der richtigen Front befinden.

Kauft Schuhe von Nathan Gruppenstraße 2/4 Enorm billig! Partei- und Gewerkschafts-Mitglieder gegen Ausweis 50% Sonder-Rabatt

H Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien. Petersdorf i. Rsqd. Oswald Klose, Dorfstraße 53 ff. Fleisch- und Wurstwaren. A. Leilching, Dorfstraße 10 Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel. Reste und Partiewaren Gertrud Hoffmann. Hermann Tichter, Dorfstraße Kolonialwaren, Weine, Spirituosen, Küchengeräte. Gasthof „Deutsches Haus“ Inh. F. Wanka. Gasthof „Zur Sonne“ Inh. M. Simon. Rudolf Haertel, Café Bäckerei, Konditorei. Landeshut. Sittenfeld-Seller Das große Spezialhaus für Fortig-Kleidung. Lucker-Säle. Siegfried Barasch. Josef Jäschke. H. Rosenstein. L. Stanietz. Dittersbach. Kubalzi Nachflg. W. Paschol. Herron-, Damen- u. Kinderbekleidung. Niesky Ol. G. Jähne. R. Gottschlich. M. Lund. Gasthof „Zum Stern“. C. Berndt. Fritz Wölfe. Lebensmittel H. Rönsch.

# Rund um den Erdball

## Immer raffiniertere Flugzeugkonstruktionen für den Luftkrieg

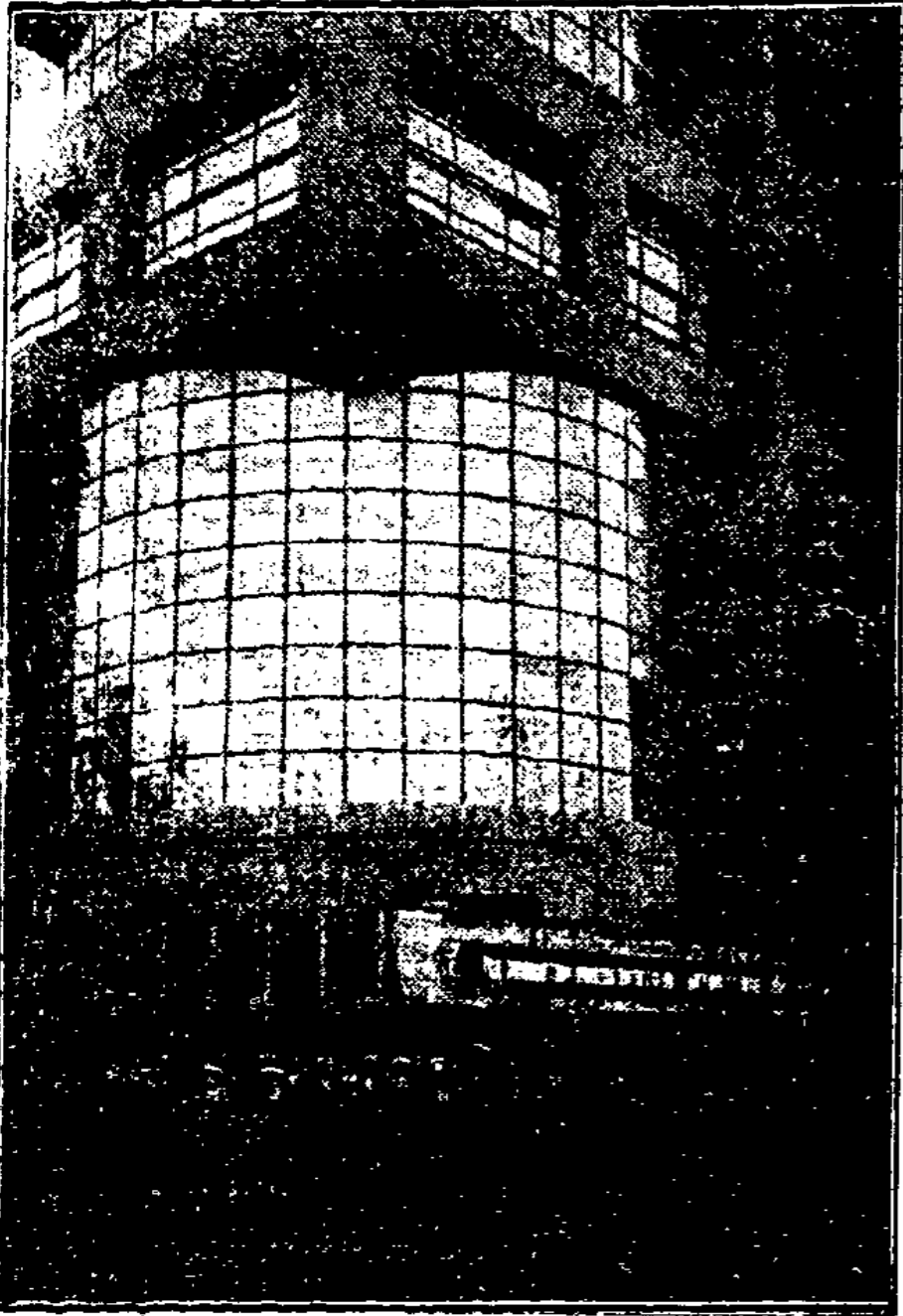


Alle Militärsachverständigen sind sich darüber einig, daß die entscheidende Waffe im nächsten Krieg — also die blut- und beutegierigste Allianz der imperialistischen Gauner und Räuber gegen die Sowjetunion — die Luftwaffe darstellt. Tatsächlich wird gegenwärtig auch an nichts so fieberhaft „gebastelt“, wie gerade an der ständigen Verbesserung der Kriegsflyzeuge.

Besonders ist es das imperialistische England, das sich in Punkte Luftrüstung von keinem übertrumpfen lassen will. So erreicht uns jetzt gerade die Meldung, daß englische Konstrukteure das erste schwanzlose Flugzeug bild (rechts) bei den Armeeflugübungen in Hendon vorgeführt haben. Unsere Aufnahme zeigt diese raffinierte Neukonstruktion zusammen mit

einem englischen Armeeflugzeug neuester Bauart (unten) und einem Windmühlenflugzeug (rechts). Das (linke) Bild zeigt den englischen Kreuzer „Hood“, mit 45 000 t Wasserverdrängung das größte Kriegsschiff der Welt, der jetzt mit einer Katapultvorrichtung ausgerüstet worden ist, die den Start von Militärflugzeugen vom fahrenden Schiff aus ermöglicht.

### Klubhaus der Moskauer Gemeindefarbeiter



Während der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern für ihre Zusammenkünfte politischer oder geselliger Art lediglich veräucherte Budiken und gräßlich geschmacklos ausgestattete Säle zur Verfügung stehen, baut man jetzt „drüben“ im befreiten Arbeiterland in allen Städten die herrlichsten und modernsten Klubhäuser. Unser Bild zeigt die imposante Eckfront des Klubgebäudes der Moskauer Gemeindefarbeiter.

### Großfeuer in Uerzig an der Mosel



Der Weinort Uerzig an der Mosel wurde von einer Feuerbrunst heimgesucht, die mit rasender Schnelligkeit um sich griff und etwa zehn Wohnhäuser bis auf die Grundmauern zerstörte und 4000 Weinstöcke vernichtete.



Idyll im Zoo

Ein Zufallsbild aus dem vor kurzem eröffneten Tierkindergarten im Berliner Zoo, in dem die jungen Tiere frei und noch zahm herumspielen, und mit ihnen die Kinder, deren Eltern noch das Eintrittsgeld erschwingen können.



Toscanini in Bayreuth

Der von Mussolinis Faschistenjünglingen geohrfeigte große italienische Dirigent Toscanini ist mit seiner Frau in Bayreuth eingetroffen, um dort bei den Festspielen mitzuwirken. Toscanini weigerte sich bekanntlich als aufrechter Mann die faschistische Mörderhymne zu dirigieren.

### Der galante Menschenschinder auf dem Maskenball

## „Straube erzog die Menschen zu Tieren“

Nach der Flucht zur Strafe drei Tage am Schlafen gehindert

### 8. Verhandlungstag

(Von unserem Sonderberichterstatler)

Trotzdem der Scheunprozess mit der Vernehmung des Obermagistratsrats Knauth am 7. Verhandlungstag seinen Höhepunkt erreicht hat, wird man immer wieder und wieder erschüttert und von grenzenloser Empörung erfasst, wenn ein neuer Zeuge auftritt und neue furchtbare Beschuldigungen gegen den Menschenschinder erhebt. Mit der Vernehmung des Zeugen W., der von 1926/28 in Scheuen als Jögling getötet war, wird der achte Verhandlungstag eröffnet.

Schimpfworte wie „Schweinehand“ usw. waren nach Aussage dieses Zeugen in Scheuen an der Tagesordnung. Besondere Höhe aber jemand beim Landesjugendamt, so gab es allemal erbarmungslose Schläge. So wurde ein „Türmer“, nachdem er wieder eingekerkert war, auf das gräßlichste mißhandelt und außerdem mit Kostentzug bestraft. Nicht genug mit dieser Barbarei durfte er drei Tage und Nächte nicht schlafen. Eine Wache, bestehend aus Erziehern und Jöglingen, sorgte dafür, daß er kein Auge zutun konnte. Doch der Menschenschinder Straube erklärt hierzu: Das sind alles Uebertreibungen.

Zeuge W.: Im Jahre 1927 habe ich mein Knie verletzt. Der damalige Erzieher Hoffmann mußte das Knie massieren. Bei dieser Gelegenheit tastete er immer höher, bis zum Gesäßsteil. Ich habe dies dem Erzieher Ribbenbruch und dieser hat es dem Leiter Straube gemeldet. In der Nacht darauf wurde mein Mund zugehalten und mit der Hand unter die Decke gefaßt. Auch diesmal war es der Erzieher Hoffmann, der einige Tage später endlich entlassen wurde.

Einige Zeit darauf arrangierte Straube einen Maskenball. Zeuge W. nahm daran als Frau verkleidet teil und wurde auch einmal von Straube zum Tanz aufgefordert. In öffentlicher Sitzung erklärte der Zeuge W. weiter, das Benehmen Straubes habe ihn immer angeekelt, und er habe jedesmal, wenn er in Straubes Nähe kam, gezittert wie Espenlaub. Straube, das könne man getrost sagen, führte der Zeuge

weiter aus, habe die Menschen, die seiner Obhut anvertraut waren, zu Tieren erzogen. Bei dieser Aussage wird Straube sehr erregt und beschuldigt den Zeugen, daß er die Jungen immer gegen ihn aufgehetzt habe.

Auch der Jögling Puls belundet, daß die Revolte gemacht worden sei, um das Landesjugendamt auf die Mißstände im Scheuen aufmerksam zu machen und vor allem, um Straube einen Schreck einzujagen. Er persönlich, so erklärt Puls, habe einen erbitterten Haß auf Straube gehabt wegen der furchtbaren Mißhandlungen. Anlässlich einer Einweihungsfeier, an der auch Puls teilgenommen habe, wurde „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen. Weil hierbei eine Reihe Jöglinge nicht mitgekommen haben, wurden sie in der Folgezeit von Straube immer wieder beschimpft und schikaniert.

### USA.-Weitflieger in Sowjetrußland

Post und Gatty bereits hinter Irkutsk

Nach einer Meldung aus Moskau sind die amerikanischen Weitflieger Post und Gatty, die auf ihrem Weiterflug am Freitagmorgen um 5 Uhr vom roten Moskau starteten und um 16,30 Uhr nachmittags in Nowo-Sibirsk landeten, am Sonnabend früh um 6 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf dem Flugplatz Irkutsk sicher gelandet. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Vertreter der „Osoaviachim“ und nachdem sie wieder frisch getankt hatten, starteten sie eine Stunde später nach Chabarowsk.

### Zehn Personen vergiftet

In einer Hamburger Speisewirtschaft sind nach dem Genuß eines Mittagessens zehn Personen erkrankt und mußten in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus überführt werden. Eine Frau schwebt in Lebensgefahr.



# Resolution des Politbüros des ZK. der KPD. über den Leipziger SPD.-Parteitag und die Aufgaben der KPD.

Der Verlauf des Leipziger Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat alle Voraussetzungen der kommunistischen Partei erfüllt. Der Parteitag fand im Zeichen des wachsenden Widerspruchs zwischen der Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeitermassen und dem sozialfaschistischen Kurs der SPD-Politik, der im Zeichen der Krise des Kapitalismus und der Faschisierung der kapitalistischen Klassenherr-

schaft eine höhere Stufe erreichte. Der Leipziger SPD.-Parteitag bildet damit den Ausgangspunkt für die Ausbildung einer tiefgehenden Krise der Sozialdemokratischen Partei durch die Initiative der KPD. und eröffnet zugleich günstige Voraussetzungen für die Gewinnung breiter Schichten der sozialdemokratischen Mitglieder und sozialdemokratischen Anhänger für den Kommunismus.

union und der steigenden Sympathie der sozialdemokratischen Arbeiter und werktätigen Massen für das Land des Sozialismus auseinanderzusetzen. Die SPD. kann die Erfolge des Fünfjahresplans nicht mehr totschweigen und versucht nunmehr gewalttätigen, mit neuen, taktischeren Methoden ihre Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion aufrecht zu erhalten. In die Stelle der Prophezeiung des nahen „Zusammenbruchs“ der Sowjetmacht und Sowjetregierung tritt jetzt die Behauptung, es werde in der Sowjetunion zwar aufgebaut, aber nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch. Angesichts der wachsenden Orientierung der sozialdemokratischen Arbeitermassen auf die Sowjetunion stand jedoch der Leipziger Parteitag der SPD. zum Teil unter dem Druck der Problemstellung der zwei Weltkriege, des kapitalistischen Niedergangs in Deutschland und des sozialistischen Aufstiegs in der Sowjetunion.

## I. Die Haupterscheinungen des Leipziger Parteitages

Die wichtigsten Erscheinungen des Leipziger Parteitages sind:

### 1. Völliger ideologischer und theoretischer Bankrott der SPD.

Die Silberdingische Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ und der „Wirtschaftsdemokratie“, die auf dem Kieler SPD.-Parteitag 1927 geschaffen und auf dem Magdeburger SPD.-Parteitag aufrecht erhalten und ausgebaut wurde, während die KPD. bereits auf ihrem Weidinger Parteitag die Krise und den beginnenden revolutionären Aufschwung richtig signalisierte, mußte unter dem Druck der geschichtlichen Tatsachen von der SPD. jetzt fallen gelassen werden. An ihre Stelle traten unverständliche Phrasen über die kapitalistische Wirtschaftsanarchie.

Die große Bedeutung dieses Bankrotts aller bisherigen reformistischen Theorien besteht darin, daß die SPD. nicht mehr wie in der Vergangenheit den Versuch macht, ihrer Politik eine allgemeine theoretische Basis zu geben, die selbstverständlich nur auf bestimmten antimarxistischen und kleinbürgerlichen Illusionen über das kapitalistische System, seine Lebensfähigkeit und seine Entwicklungsmöglichkeiten, beruhte. Die Tatsache, daß die SPD. heute einen solchen Versuch gar nicht mehr unternimmt, widerspiegelt einerseits die Tiefe der kapitalistischen Krise, die auch in der Ideologie der Kleinbürgerwelt verurteilende Folgen zeitigt, andererseits den revolutionären Aufschwung, der auch die Massen der von der SPD. kleinbürgerlich verführten Arbeiter für die Illusionen über das kapitalistische System unempfänglich macht.

Mit dem Fall der Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ wird auch die bisherige Lösung der SPD. „Heran an den Staat!“, die die Koalitionspolitik theoretisch als einen „Weg zum Sozialismus“ begründete, hinfällig. An die Stelle der alten „Theorien“ tritt der vollkommene politische Wirtwarr, ein Nebeneinander entgegengesetzter und einander widersprechender Formulierungen und Theorien.

### 2. Neue, höhere Stufe in der Entwicklung der SPD. zum Sozialfaschismus

Die bedingungslose Unterstützung des herrschenden Finanzkapitals und seiner Brüningregierung bei der Durchführung der faschistischen Diktatur (natürlich unter Anwendung von Täuschungsmanövern zur Irreführung der Massen) wurde auf dem Leipziger Parteitag endgültig zur offiziellen Parole der SPD. erhoben. Während diese Politik in der Vergangenheit als eine taktische Notmaßnahme, als eine Politik des „kleineren Übels“ hingestellt wurde, ist die Brüningpolitik nunmehr zur grundsätzlichen Linie der SPD. erhoben und legalisiert worden.

Eine weitere Opposition gegen diese Politik im Sinne der zentristischen Sendewitz-Gruppe, die sich in der Vergangenheit darauf berief, die Unterstützung Brünings durch die Reichstagsfraktion stehe im Widerspruch zur Linie der SPD., ist in Zukunft in der alten Weise nicht mehr möglich. Die erste praktische Anwendung der Leipziger Beschlüsse war die Stützung der Brüningregierung bei der vierten Notverordnung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die die Einberufung des Reichstages oder auch des Haushaltsausschusses (ihre eigene vorherige Forderung) auf Kommando Brünings verhinderte.

### 3. Völliges Fiasko des Zentrismus

Die linke SPD., die nach dem Magdeburger SPD.-Parteitag die Eroberung der Partei durch den Zentrismus prophezeite, hatte infolge des entschlossenen Eintrages des Parteiparates seitens des Parteivorstandes in Leipzig nur noch eine zahlenmäßig geringfügige Minderheit aufzuweisen. Sie wurde auf dem Parteitag in eine defensive Stellung gedrängt. Die Fortsetzung ihrer Politik („Disziplinbruch“ der neun Abgeordneten bei der Panzerkreuzerabstimmung) soll, entsprechend den Beschlüssen von Leipzig, mit dem Ausschluß aus der Partei beantwortet werden.

In diesem Fiasko der zentristischen Opposition drückt sich der verengerte Spielraum für die Manöver der SPD. auf Grund der Zuspitzung der Klassengegensätze mit der Verschärfung der Krise des Kapitalismus aus. Angesichts der ersten Radikalisierung und Revolutionierung der sozialdemokratischen Arbeitermassen würde eine Fortsetzung der Scheinradikalen Politik des Zentrismus durch ihre Auswirkungen unter der Arbeiterenschaft in eine tatsächliche Gefährdung der offiziellen Politik der SPD. im Dienste der Bourgeoisie umschlagen. Die bisherige Rolle der zentristischen Sendewitz-Gruppe ist damit innerhalb der SPD. im wesentlichen beendet.

### 4. Neue „linke“ Manöver im Zeichen des Sozialfaschismus

Zu gleicher Zeit mit der Unterdrückung der zentristischen Opposition macht die SPD. den Versuch, auf dem verengerten Spielraum, der ihr für „linke“ Manöver gegenwärtig verbleibt, ihre Politik vor den Massen zu maschieren.

Auf dem Leipziger Parteitag zeigte sich bereits die neue, vom Parteivorstand geduldet und begünstigte „linke Opposition“ (Künstler, Aufhäuser, Lilla, Löbe), die in der Praxis die Politik des Parteivorstandes bedingungslos mitmacht, zugleich aber den Versuch macht, durch „oppositionelle“ Phrasen die rebellierenden Arbeitermassen einzufangen. Diese „Opposition“ ist offenbar dazu bestimmt, die Funktion zu übernehmen, die bisher die Sendewitzgruppe für die Gesamtpolitik der SPD. als stärkster Schutzwall gegen den Kommunismus ausübte.

Die vollkommene Gesinnungslosigkeit der neuen „Opposition“, ihr Charakter der „zähmen Unzufriedenheit“ entspricht den Möglichkeiten, die der SPD. in der gegebenen Situation in der Richtung eines ungefährlichen Scheinradikalismus geblieben sind.

In der gleichen Linie bewegen sich die vom Parteivorstand angebahnten Versuche, seine schrankenlose, den Kapitalismus und den Faschismus ergebene Politik mit gleichzeitiger „sozialistischer“ Phraseologie zu verbinden.

### 5. Keine Stellungnahme zu den aktuellen Problemen

Die SPD. vermied es auf ihrem Parteitag krampfhaft, zu irgendeiner der schwebenden Fragen politischer, ökonomischer oder kultureller Natur eine konkrete Stellung zu beziehen, mit Ausnahme der allgemeinen politischen Orientierung auf die Unterstützung der Brüningdiktatur. Diese Flucht vor den konkreten Fragen ging so weit, daß der Parteitag einerseits mit Beschleunigung bis zum offiziellen Erlaß der neuen Notverordnung Brünings zu Ende geführt wurde, andererseits auch nach Bekanntwerden des Inhalts der bevorstehenden Notverordnung der SPD.-Parteitag eine Stellungnahme zu dieser ablehnte. Auf keine der Lebensfragen der Arbeiterklasse und der notleidenden Massen der Werktätigen in Stadt und Land gab der Parteitag irgendeine Antwort. Diese Fragen standen überhaup nicht zur Behandlung. Auch hierin brückt sich der schrankenlose Verrat der SPD. an der Arbeiterklasse, an den gegenwärtigen und zukünftigen Lebensinteressen des gesamten werktätigen Volkes in krasser Weise aus.

### 6. Veränderte Methoden gegenüber der Sowjetunion

Auf dem Leipziger Parteitag zeigte sich die Notwendigkeit für die SPD., sich mit dem sozialistischen Aufstieg der Sowjet-

Die Tatsache, daß die SPD. durch die gewaltigen Erfolge des sozialistischen Aufbaus gegenüber der Sowjetunion in eine Verteidigungsstellung gedrängt wurde, verändert nicht den Inhalt ihrer antibolschewistischen Politik. Im Gegenteil: Sie betreibt, wie sich besonders deutlich beim Menschewitzprozeß zeigte, eine schamlose Politik der Kriegshege und Kriegsvorbereitung. Auch auf dem Leipziger Parteitag wurde zwar nicht mehr das Märchen vom nahen Zusammenbruch der Sowjetunion, wohl aber die Behauptung aufgestellt, das russische Volk sei „seit 14 Jahren in einem Höllental des Elends herumgeführt worden“ (Larnow).

### 7. Keine Spur von Internationalismus

Auf der gesamten Tagung in Leipzig wurde niemals irgendein internationales Problem, irgendeine internationale Kampfaufgabe berührt. Zu der kommenden Tagung der Zweiten Internationalen wurde in keiner Form Stellung genommen. Es zeigte sich, daß ein „Internationalismus“ in den sozialdemokratischen Parteien ausschließlich auf dem Gebiet des gemeinsamen konterrevolutionären Hegfeldzuges gegen die Sowjetunion und gegen den Sozialismus (Menschewitzprozeß) besteht.

### 8. Schroffer Gegensatz zwischen den Generationen

Der Leipziger Parteitag erhellte von neuem in krasser Weise die Tatsache, daß die SPD. immer mehr die Gefolgshaft der Arbeiterjugend einbüßt, und ihr keine Wege mehr offen stehen, um an die geforderte werktätige Jugend heranzukommen. Die scharfe und akute Krise der SAJ trat offen in Erscheinung. Auch der Beschluß auf Auflösung der Jungsozialisten kennzeichnet die Nachwuchskrisenleiter der SPD. Auf der anderen Seite verfügt die SPD. über eine verhältnismäßig starke Kinderbewegung, auch die Organisation der Roten Falken wurde noch keineswegs von der Krise erfaßt, die in der SAJ. vorhanden ist. Die Unterstützung der Kinderbewegung durch die KPD. und den KZD., die ungenügende Förderung der Jungpioniere seitens der Partei und Jugend ist die wichtigste Ursache dafür, daß trotz der Krise der SAJ. und der jugendfeindlichen Politik der SPD. die Nachwuchskrise der sozialdemokratischen Bewegung noch nicht völlig ausgereift ist.

## II. Die Perspektiven für die Entwicklung der SPD.

Welche Perspektiven ergeben sich angesichts dieser Haupttatsachen des Leipziger SPD.-Parteitages für die weitere Entwicklung der SPD.?

1. Der Gegensatz zwischen der Parteiführung, bzw. dem bürokratischen Apparat und der Mitgliedschaft sowie Anhängerenschaft muß auf Grund der Beschlüsse des Leipziger SPD.-Parteitages rasch wachsen. Die Möglichkeiten für die kommunistische Partei, einen neuen Einbruch von entscheidendem Ausmaß in die bisherige Einflusssphäre der SPD. zu vollziehen, haben nach dem Leipziger Parteitag erheblich zugenommen.

### Es wachsen die Voraussetzungen für gruppenweise Uebertritte sozialdemokratischer Mitglieder und für die Entstehung einer revolutionären Arbeiteropposition der SPD. im Reichsmaßstabe.

Zu den Arbeitern, die sich von der Sozialdemokratie lösen, treten auch Funktionäre, wie Ortsgruppenvorsitzende, Vorsitzende lokaler Gewerkschaften, Abteilungsleiter des Reichsbanners, Stadtvorordnete und Betriebsräte. Die Tatsache, daß solche mittleren und höheren Funktionäre, sogar frühere Reichstagsabgeordnete sich von der SPD. zum Kommunismus entwickeln, ist ein neuer Beweis für die gefährlichen Abweichungen, die jederzeit die Gruppe Merker in der Bewertung der SPD. und ihrer Zusammenfassung hatte.

2. Die Abwehrmöglichkeiten gegen die Revolutionierung durch Manöver, Ablenkungsparolen usw., die der SPD. noch verbleiben, verringern sich im umgekehrten Verhältnis zu den Auswirkungen des revolutionären Aufschwunges auf die Rebellion der SPD.-Arbeiter. Das Tempo der Entwicklung in der Zuspitzung der Klassengegensätze und schärferen Auflösung der Klassenfronten zwingt die SPD., sich immer von neuem und immer rückhaltloser vor den Massen zu erklären. Die Illusionen der SPD.-Arbeiter über eine Umkehr der SPD. zum revolutionären Klassenkampf verringern sich täglich. Das verschärfte Stadium der Krise auf Grund der Brüningischen Notverordnung, die neue Unternehmeroffensive und das höhere Stadium in der Durchführung der faschistischen Diktatur tragen dazu bei, die Schwierigkeiten innerhalb der SPD. zu vermehren.

3. Es ist somit, über den bisherigen Prozeß hinaus, der eine dauernde chronische Minderung und Krise des Masseneinflusses der SPD. zugunsten des Kommunismus brachte, für die Zukunft mit einer zweiten höheren Stufe im Prozeß des historischen Niedergangs des Reformismus in Deutschland zu rechnen:

### die Schwächung bleibt nicht auf den Masseneinfluß der SPD. beschränkt, sondern greift auf den inneren Organismus der Sozialdemokratischen Partei über.

Zwischen dem Rückgang des Masseneinflusses und den inneren Schwierigkeiten der SPD. vollzieht sich eine dialektische Wechselwirkung. Aus der noch latenten und heranreifenden inneren Krise der SPD. kann durch unsere Initiative, elastische Beweglichkeit, entschlossene Einheitsfrontpolitik und die Verschärfung unseres prinzipiellen Kampfes eine offene und akute Krise erwachsen.

Dieser Prozeß wird gehemmt durch eine Reihe von Faktoren, so durch:

- a) den stabilen, bürokratischen Parteiapparat,
- b) den Bestand der reformistischen Gewerkschaften mit ihrem bürokratischen Apparat,
- c) das Fehlen eines zielbewußten Kerns innerhalb der SPD.-Opposition, der bereits planmäßig Fraktionsarbeit betreiben und auf den Bruch mit der SPD. hinarbeiten würde,
- d) die entscheidenden Mängel unserer Arbeit zur Beeinflussung und Gewinnung der oppositionellen SPD.-Arbeiter.

4. Die bisherige linke SPD. einschließlich ihrer zentristischen Führer, der Gruppe Sendewitz, Belling, Göttsch, Jiegler, Borst, Dettinghaus usw. kann ihre bisherige Politik nicht fortsetzen. Es gibt für sie nur zwei Möglichkeiten:

### Entweder völlige Kapitulation vor dem Parteivorstand und damit Angliederung an die gesinnungslose neue Opposition der Gruppe Künstler-Aufhäuser-Löbe oder Bruch mit der SPD.

Die weitere Entwicklung dieser Gruppe, innerhalb deren sich eine gewisse Differenzierung zeigt, hängt davon ab, ob

... sich unter unserem Einfluss zum Kommunismus entwickelt und den Anschluss an die KPD. vollzieht, oder ob sie den hoffnungslosen Versuch macht, gemeinsam mit den Brandleristen, deren Spekulationen in dieser Richtung laufen, eine eigene Organisation des Zentrismus, eine Art von neuer USP. aufzubauen. Angeht die Verschärfung des Klassenkampfes würde eine solche Organisation zweifellos rasch zwischen der KPD. einerseits und der SPD. und Bourgeoisie andererseits zerrieben werden. Nichtsdestoweniger wäre die

**Bildung einer solchen Organisation für die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes ein beträchtliches Hemmnis und damit ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.**

Zusammengestellt signalisiert die Entwicklung auf Grund des Leipziger Parteitag die Voraussetzungen für die Lösung einer tiefgehenden Krise der SPD.

Vollaktion für Arbeit, Brot und Freiheit, gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde. Einheitsfrontappell an die sozialdemokratischen Arbeiter unter der Losung: „Für Brüning oder für den Sozialismus? — Gegen die Koalitionspolitik mit Brüning, für das Bündnis mit den Kommunisten! Gründliche Propaganda für den gemeinsamen politischen Massenstreik zur Beseitigung der Diktaturregierung.“

c) Durchführung einer Kampagne von öffentlichen Versammlungen, Betriebsversammlungen und Versammlungen der SPD-Arbeiter und sozialdemokratischen Anhänger überhaupt mit schärfster Frontstellung gegen die SPD. (Parteitagsbeschlüsse und Reichstagsfraktion).

d) Entschlossener Kurs auf die Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in alle Einheitsfrontorgane (vorbereitende Kampfausschüsse der Betriebe usw.); Kurs auf Einbeziehung oppositioneller SPD-Arbeiter in den revolutionären Vertrauensleutekörper der Betriebe und in die Betriebsgruppen der KGD.

e) Konzentrierung der Werbearbeit auf die SPD-Arbeiter und Arbeiterinnen und die Mitglieder der USP, Durchführung der Losung:

**Jeder Kommunist wirbt einen SPD-Arbeiter! Jeder Jungkommunist wirbt ein USP-Mitglied!**

### **Radikale Verbesserung unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front**

3. Von entscheidender Bedeutung für den Kampf um die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD. ist ferner die Erfüllung der vom Maiplenum des ZK. gestellten Aufgabe, die Arbeit der Partei, der KGD. und der roten Verbände an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen Gewerkschaften radikal zu verbessern. Eine solche demonstrative Wendung zur entschlossenen und tüchtigen Durchführung der Oppositionsarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unter Überwindung aller Tendenzen des Gewerkschaftslegalismus und Opportunismus in der Praxis, aller Tendenzen des Juridizialismus vor der reformistischen Bürokratie, ist von entscheidender Bedeutung für die erfolgreiche Organisation von Abwehrkämpfen der Arbeiterklasse unter Führung der KGD. gegen die zweite Lohnabbauoffensive, gegen die Unternehmerrückgriffe auf die Tarife der Arbeiter, gegen die Vernichtung der Reste der Sozialpolitik. Die radikale Verbesserung dieser Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front muß mit der allgemeinen Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb der reformistischen Gewerkschaftsbewegung ebenso zur Lösung einer Krise des Reformismus führen, wie innerhalb der SPD.

## **III. Unsere Aufgaben zur Auswertung des Leipziger Parteitages**

Die Entwicklung der Sozialdemokratie auf Grund des Leipziger Parteitages und ihre weitere Perspektive beschäftigen vollkommen die Linke und die Aufgabenstellung des XI. Plenums des ZK. für die KPD. und die Beschlüsse der Plenartagungen des ZK. der KPD. im Januar und Mai 1931. In der Linke unserer Generalaufgabe: Eroberung der Mehrheit des Volkstariats, richtete das Januarplenum des ZK. den Kurs der Partei auf die spezielle Aufgabe der Liquidierung des Masseneinflusses der SPD. und Liquidierung der USP. als Massenorganisation. Der Leipziger Parteitag und seine Auswirkungen ergeben für die Lösung dieser Aufgabe des Januarplenums, die durch das Maiplenum des ZK. unterstrichen und erhärtet wurde, glänzende Voraussetzungen.

### **Heran an die SPD-Arbeiter!**

Welche Aufgaben ergeben sich im einzelnen für uns bei der Auswertung des SPD-Parteitages?

**1. Unbedingte Durchführung der Anweisungen des Januarplenums des ZK. (Resolution und Referat des Genossen Thälmann, Broschüre „Vollständige revolutionäre Arbeit über Deutschland“, Seite 40) über die neuen Methoden zur Gewinnung der SPD-Arbeiter.**

Im einzelnen:

Oppositionelle Arbeiter nicht sich selbst überlassen, sondern direkt bearbeiten. Registrierung von SPD-Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern; Ziel: in den einzelnen Bezirken und Unterbezirken ebensoviel SPD-Mitglieder registrieren wie Parteimitglieder vorhanden. Wahrung von Kurzen und Zirkeln der oppositionellen SPD-Arbeiter. Tatkräftige Unterstützung des Reichskomitees oppositioneller SPD-Mitglieder und lokaler oder bezirklicher Komitees, wo solche auf wirksamer Massendarts entstehen.

Bearbeitung der SPD-Erwerbslosen und Betriebsarbeiter sowie der freigewerkschaftlichen Mitglieder, Verstärkung der Arbeit der KGD. an der innergewerkschaftlichen Front, systematisches und organisiertes Herantreten an einzelne sozialdemokratische Arbeiter in Betrieb und Wohnung.

Ausbehnung der Bearbeitung auch über die unteren und mittleren auf die führenden Funktionäre der Linke in SPD, unter klarer, scharfer und prinzipieller Frontstellung gegen den Zentrismus, mit dem Ziel der Differenzierung und vor allem der Verhinderung von Plänen zur Bildung einer neuen zentristischen USP.; entschiedener Kampf gegen die schädlichen und konterrevolutionären Beeinflussungsversuche der Brandleristen auf Teile der linken SPD.

Strikte Erfüllung der Parole des Januarplenums des ZK.:

**Keine sozialdemokratische Versammlung ohne KPD. Referenten! Keine sozialdemokratische Mitgliederversammlung ohne kommunistische Beeinflussung!**

Arbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären nicht als reformmäßige Gegnerarbeit, sondern als Arbeit der gesamten Partei führen. Ausbau bzw. Verbesserung von

besonderen SPD-Kommissionen bei den Bezirksleitungen, Unterbezirksleitungen und Ortsgruppenleitungen.

Durchführung einer Wendung in der Sprache unserer Agitation und Presse zu erfolgreichen, kameradschaftlichen Methoden.

Stärkere Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen den zwei Systemen, des Sozialismus in der Sowjetunion und des niedergehenden Kapitalismus in Deutschland und der übrigen kapitalistischen Welt.

Offensive Fragestellung des Marxismus: KPD. — die Partei der marxistischen Front!

Fortführung unserer antifaschistischen Einheitsfrontpolitik mit den SPD- und Reichsbannerarbeitern gegen den Mordfaschismus.

### **Neue Methoden der proletarischen Einheitsfrontpolitik**

**2. Ueber die Durchführung der vom Januarplenum des ZK. gestellten Aufgaben hinaus ergeben sich folgende neue Aufgaben:**

a) Mobilisierung des gesamten Parteiorganismus für die Auswertung des SPD-Parteitages, Einstellung der gesamten Partei, KGD., Massen-, Betriebs-, Häuserblock- und Ortspresse auf die Kampagne zur Auswertung des SPD-Parteitages.

b) Verbindung der Auswertung des SPD-Parteitages mit dem gemeinsamen Massenkampf gegen die Notverordnung, Mobilisierung der SPD-Arbeiter für die

## **IV. Unser Kampf um Preußen**

Unsere Kampagne zur Auswertung des Leipziger SPD-Parteitages muß in enger Verbindung mit der beginnenden Massenmobilisierung gegen die Preußenregierung der SPD. als Vorbereitung des Wahlkampfes in Preußen geführt werden. Unter der zusammenschließenden Bezeichnung „Unser Kampf um Preußen“ müssen wir die stärkste Massenmobilisierung gegen den Polizeisozialismus und die sozialdemo-

kratische Mißwirtschaft durchführen. Die Rolle der sozialdemokratischen Preußenregierung als stärkste Stütze der Brüningdiktatur muß nachdrücklich in der gesamten Agitation und Propaganda der Partei herausgearbeitet und mit der Losung: „Fort mit Braun, fort mit Severing!“ beantwortet werden. Dieser Kampf ist mit dem stärksten Einheitsfrontappell an die SPD-Arbeiter zu verbinden.

## **V. Schmiedet die proletarische Einheitsfront!**

Das Polbüro appelliert an die gesamte Partei, an alle Bezirksleitungen, Unterbezirksleitungen, Zellen und Ortsgruppen, an die KGD. und alle Massenorganisationen, mit größter Entschlossenheit die Offensive gegen die SPD. als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland und bei der Erhaltung des kapitalistischen Systems zu entfalten

Von unserer Massenarbeit, von unserer Politik hängt es ab, die latente Krise der Sozialdemokratie in eine offene und akute Krise zu verwandeln. Die Politik der proletarischen

Einheitsfront kann und muß von der Partei gegenwärtig, wo an die Stelle des Brandlerismus die starke marxistische Linke tritt, in die proletarische Klassenlinie getreten ist, rückwärts und umfassend angewandt werden. Das Polbüro erwartet von allen Parteiorganisationen, daß sie im Sturmschritt an die Lösung der Aufgabe herangehen, die das Januarplenum des ZK. stellte:

**Liquidierung des Masseneinflusses der SPD! Eroberung der sozialdemokratischen Arbeitermassen für den Kommunismus!**

## **Straßenbahnerstreik in Polnisch-Oberschlesien und Dombrowa**

**Vor dem Streik der ostoberschlesischen Eisenbahner gegen erneuten Gehaltsraub**

Kattowitz, 27. Juni. Sonnabend mittag gegen 12 Uhr ist der gesamte Straßenbahnverkehr in Polnisch-Oberschlesien durch einen plötzlich ausgebrochenen Streik stillgelegt worden. Nur noch einzelne Strecken werden befahren. Doch versuchen die Streikenden, auch diese lahmzulegen. Die Straßenbahndirektion bemüht sich, nach Möglichkeit den Verkehr mit Ersatzkräften aufrecht zu erhalten. Der Streik ist auf nicht erfüllte Forderungen der Straßenbahnbeamten zurückzuführen.

### **Berücksichtigung des Straßenbahnerstreiks**

Kattowitz, 28. Juni. Der Straßenbahnerstreik in Ostoberschlesien dauert an. Inzwischen hat sich auch das Fahrpersonal aus dem Dombrowaer Revier den Streikenden angeschlossen. Die streikenden Straßenbahner befehlen die Wagenremisen, um die Ausfahrt der Wagen zu verhindern. Mit Hilfe des Kontrollpersonals und ehemaliger Wagenführer gelang es der Verwaltung, unter dem Schutz der Polizei einen Notverkehr aufrecht zu erhalten.

Die Straßenbahner sind gegen den Willen der Gewerkschaftsführer in den Streik getreten. Die Bonzen wollten auf dem Verhandlungswege die Forderungen der Straßenbahner vertreten. Die Arbeiter haben aber rechtzeitig erkannt, daß sie auf diesem Wege den Lohnraubern nur ausgeliefert werden. Die Kampfschloffenheit der Straßenbahner ist mit ein Zeichen des gesteigerten Kampfwillens aller Werktätigen gegen die Hungerdiktatur Pilsudkis, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Kattowitz, 28. Juni. In Kattowitz tagte der Kongreß der polnischen Eisenbahnbeamten, der in scharfer Weise gegen die erneute Gehaltskürzung Stellung nahm und gegen die unterchiedliche Behandlung der schlesischen Eisenbahner gegenüber denen aus anderen

Gebietsteilen Klage führte. Die Eisenbahnbeamten drohen, falls ihnen die Zuschläge nicht belassen werden, mit einem allgemeinen Streik.

### **„Rast“-Pleite in Berlin**

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtber.) Während sich die Berliner werktätige Bevölkerung mit verstärktem Eifer zu der am nächsten

Sonntag beginnenden Spartakiade rüstet, fand gestern, unbemerkt von den Werktätigen Berlins, der Reichs-Arbeitervertag (Rast) der bundesdeutschen Vereine im Grünwalder Stadion statt. Trotz des schönen Wetters war der „Rast“ eine einzige Pleite. Das Stadion im Grünwald war sehr schlecht besetzt. Die Beteiligung der Sportler an dieser Veranstaltung war ebenfalls als sehr schlecht zu bezeichnen. Im großen und ganzen trug die Veranstaltung einen sehr deprimierten Charakter. Das rote Berlin geht zu den roten Sportlern. Unter diesem Eindruck fand auch der „Rast der Bundesstreifen“.

### **Betriebsarbeiter!**

Beschließt in Belegschaftsversammlungen den Protzstreik zum 1. Juli, da an diesem Tage die Hungernotverordnung in Kraft tritt!

## **Die Führung der Ludenwalder SPD. zur KPD.**

**18 Funktionäre und Mitglieder treten aus der Partei des Brüning-Kurses aus. 1. Vorsitzender, Redakteur und Stadtverordneter stoßen zur KPD.**

Ludenwalde, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die seit Monaten in der Ludenwalder SPD. bestehende Rebellion hat jetzt zum Austritt von 18 prominenten SPD-Funktionären und Mitgliedern geführt. Unter denen, die mit der Weispartei gebrochen haben, befindet sich der erste Vorsitzende, Betriebsrat und Stadtverordneter Otto Haberland, der Redakteur der „Volkswacht“ Willi Reigner und der Stadtverordnete Erich Schröder.

Die beiden letzten sind mit einer außerordentlich bedeutungsvollen Erklärung, die wir auszugsweise an anderer Stelle wiedergeben, zur kommunistischen Partei übergetreten. Wie wir erfahren, wird auch Genosse Otto Haberland seinen Eintritt in die kommunistische Partei vollziehen. Zahlreiche weitere Mitglieder haben erklärt, daß sie dem Schritt der 18 folgen und ebenfalls zur KPD. stoßen werden.

Man wird die außerordentliche Bedeutung des Massenaustritts aus der SPD. in Ludenwalde dann begreifen, wenn man weiß, daß die Sozialdemokratie in dieser märklichen Stadt bisher die absolute Mehrheit besaß, so daß die SPD. in Ludenwalde sich selbst als „Reines Wien“ bezeichnete. Selbst hier, wo die kommunistische Partei bisher schwach war, hat die Brüning-Politik in der SPD-Führung solche Erregung hervorgerufen, daß die Partei dadurch gesprengt wird.

## Die Massen werden den Hebern antworten

### Tolle reaktionäre Hege gegen Spartakiade — „Berliner Börsenzeitung“ fordert das Verbot der überparteilichen roten Sportveranstaltung mit Artikel 48

Die seit mehr als acht Monaten vorbereitete Spartakiade ist bekanntlich — im Gegensatz zum sogenannten „Sportfest“ der Nazi-partei — nicht eine kommunistische Parteiveranstaltung, sondern eine überparteiliche internationale rote Sportveranstaltung, an der überwiegend parteilose und zahlreiche sozialdemokratische Arbeitersportler teilnehmen. Die Spartakiade ist das proletarische Gegenstück zu den bürgerlichen Olympiaden. Sie zu verbieten würde bedeuten, überhaupt den roten Arbeitersport und jede sportliche Betätigung der Arbeiterschaft zu verbieten.

Diese klaren Tatsachen haben dazu geführt, daß das Spartakiadeverbot nicht aufrecht erhalten bleiben konnte. Der Massenprotest des roten Berlins wandte sich gegen dieses Verbot, das selbst in der Brüningschen „Notverordnung“ keinerlei „gesetzliche Begründung“ finden konnte.

Die Spartakiade wird selbst in ihren sportlichen Parolen der strengsten Polizeijur unterliegen. Autofahrten, WerbeDemonstrationen und Ansprachen sind verboten. Selbst der Kongreß der Kampf-gemeinschaft soll polizeilich überwacht werden und wird einfach als „öffentliche politische Versammlung“ bezeichnet. Diese schärfste Anwendung der Notverordnung durch den Sozialdemokraten Grzeski gegen den roten Arbeitersport, diese Durchführung einer polizeilich überwachten Spartakiade genügt den großkapitalistischen Schach-macherblättern aber noch nicht an Unterdrückungsmaßnahmen.

Geiern abend bringen die großkapitalistischen Blätter wie „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und „Berliner Börsenzeitung“ die tollsten Hegeartikel gegen die beschränkte Aufhebung des Spartakiadeverbots. Man läßt alle Minen springen. Was ist in Gefahr, die ganze Brünings- und Hoover-Politik, wenn die roten Sportler ihre Spartakiadeveranstaltungen austragen. Die vom Großkapital inszenierten Blätter, die nur von ein paar Großkapitalisten geleitet und außerdem in wenigen tausend Freieremplaren vertrieben werden, erdrosseln die gewaltige Mehrheit des werktätigen Berlins. Die zur Spartakiade steht, mit ihren Verbotsdrohungen zu reagieren. Die „Berliner Börsenzeitung“ fordert sogar von der Reichsregierung, mit dem Artikel 48 diktorisch zu einem Verbot der sportlichen Spartakiadeveranstaltungen überzugehen.

Wir fordern die Berliner Arbeiter auf, überall Beschlüsse zur Verteidigung der Spartakiade zu fassen. Und darüber hinaus gilt es, den schärfsten Kampf gegen den ganzen Notverordnungsluts und die weltliche Verschwörung zu führen!

### Einreiseverbot für Sowjetsportler und andere ausländische Sportler

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, hat das Auswärtige Amt alle deutschen Konsuln angewiesen, den Arbeitersportlern in der Sowjet-union und in anderen Ländern kein Visum zur Einreise nach Deutschland zu erteilen.

Der „Vorwärts“ freut sich gestern abend aus plumphen Kon-furrenzgründen — im Auftrag der reformistischen Sportbürokratie — über die Verweigerung der Einreiseerlaubnis. Ein seiner „Inter-nationalismus“ der Sozialfaschisten!

### Sachsen hat den Sturmplan überholt

Vor neun Wochen stellte sich die Landesleitung des Gebietes Sachsen der NSD einen Sturmplan, der als Ziel bis zur Spartakiade einer Gewinn von 40 Vereinen für die NSD versah. Dieser Sturm-plan ist mit dem „Roten Sachsenort“ vom 21. Juni ent-schieden, bereits handverlesen überholt worden. 30 Vereine sind ehestens für diesen Zweck für die NSD gewonnen worden. 6000 Mit-gliederung ist zwei Monaten in der Ausübung für den Vormarsch der Kampf-gemeinschaft in Sachsen. Der stärkste Vormarsch ist in der „Sachsen-Vereinigung“ zu verzeichnen. 57 Vereine sind in 9 Wochen für die NSD gewonnen worden.

Aber auch in der Oberlausitz marchiert die rote Sportfront. In der Beizelschnecke nahmen allein 9 Bundesvereine mit 300 Sportlern teil. Demgegenüber hatte das Bezirksportfest der Volkert-vereine eine Teilnehmerzahl von 300.

### SPD-Schachklub mit den Bürgerlichen

In der Thüringer Volkszeitung vom 27. April wurde die Aus-treitung der Jugendmeisterschaft zwischen dem bürgerlichen und mittel-wirtschaftlichen Schachverband und dem Thüringer Arbeiter-Schachklub angekündigt. In einer vorhergegangenen gemeinsamen Sitzung einigten sich beide dazu, daß während der Spielbauer weder poli-tische noch sonstige Vereinsabzeichen getragen werden dürfen.

Das ist eine Auswirkung der Politik der sozialdemokratischen Führung des Arbeiter-Schachklubs, die alles unternimmt, die Oppo-sition gegen ihre Gemeindefaschisten zu unterdrücken.

### Sportgenosse Seifert, Freiberg i. Sa., von den Nazis niedergestochen

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag, dem 21. Juni, haben die Nazis Arbeiter-sportler überfallen und mit Hieb- und Stich-waffen auf die Arbeiter-sportler eingeschlagen. Der Arbeiter-sportler Herbert Seifert wurde mit einem Dolch in den Rücken gestochen und am Kopf schwer verwundet.

Auch in der Nähe von Schmieditz bei Berlin wurde eine Gruppe heimwärts wandernder Arbeitersportler plötzlich aus dem Hinterhalt von Nazis überfallen. Mit Knüppel und Dolchen fielen die Nazis über die Arbeitersportler her, die sich aber sofort zur Wehr setzten.

Die Nazis, die einen solchen erbitterten Widerstand nicht erwartet hatten, mußten flüchten.

Die Überfälle der Naziterrordanden mehrten sich. Für die Arbeitersportler gilt es, in stärkerem Maße ihren Kampfwillen gegen den Faschismus zum Ausdruck zu bringen durch Verstärkung der antifaschistischen Kampffront. Tretet ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

### Länder-Fußballspiel Schweiz gegen Württemberg

Die roten Sportler Württembergs veranstalteten am vergan-genen Sonnabend und Sonntag ein Fußballspiel. Die Schweizer Mannschaft spielte am Sonnabend vor über 2000 Zuschauern, die die Schweizer Genossen auf das lebhafteste begrüßten, gegen die Auswahlmannschaft des württembergischen Landesgebietes der NSD. Ein Handballspiel sowie leichtathletische Wettkämpfe gingen diesem Treffen voraus. Genosse Gläjer begrüßte die Schweizer Genossen und wies in seiner Ansprache auf das Verbot der Spartakiade hin. In lebhaften Jurufen brachten die Zuschauer ihre Empörung über das Spartakiadeverbot zum Ausdruck. Unter dem Beifall der Teil-nehmer brachte Genosse Gläjer zum Ausdruck, daß es gilt, nun erst recht alle Kräfte zu entfalten. Rot Sport marschiert trotz alledem! Das Länderspiel gewann die württembergische Mannschaft gegen

## Spartakiade-Programm

Sonnabend, den 4. Juli: Eröffnungsfestlichkeiten in allen Stadt-bezirken. Regatta in Heiligensee. Schachwettkampf: 1000 Schach-spieler gegen 1000 Sportler an 1000 Brettern.

Sonntag, den 5. Juli: Motorradrennen auf der Havel. Regatta in Heiligensee. 100-Kilometer-Strassenrennen.

Montag, den 6. Juli: Länderspiele im Fußball. Vorlämpfe im Schwimmen, Tennis und Schach.

Dienstag, den 7. Juli: Beginn der Schießwettkämpfe, Wasserball-spiele. Zwischenrunden im Fußball, Tennis und Schach.

Mittwoch, den 8. Juli: Beginn des Reichskongresses der Kampf-gemeinschaft für rote Sporteinheit. Ausfahrt der Motorradfahrer: Fuchsjagd, Geschicklichkeits- und Dauerseilbahnfahren. Beginn der Bogenschießwettkämpfe. Zwischenrunden im Fußball. Zwischenlämpfe im Schwimmen.

Donnerstag, den 9. Juli: Tag der proletarischen Jugend im Lichten-berger Stadion. Beginn der leichtathletischen Wettkämpfe im Neuföhner Stadion. Rad- und Motorradrennen auf der Olym-piabadbahn. Ringwettkampf. Schwimmen „Quer durch Berlin“ (2500 Meter). Saalveranstaltungen in allen Stadtbezirken.

Freitag, den 10. Juli: Tag der werktätigen Frauen im Neuföhner Stadion. Rad- und Motorradrennen auf der Olympiabadbahn. Vor-

die Schweiz mit 2:1. Am Sonntag spielte die Schweizer Mannschaft in Rurlingen und verlor dort 3:1.

Dieses Ländertreffen war ein voller Erfolg der roten Sportler und ein guter Auftakt für die Spartakiade.

### Aufschwung der Segelflugsparte in Berlin

Wir berichten kürzlich davon, daß der NSD. Fichte-Berlin eine Segelflugsparte gegründet hat, die bei der Gründung über 20 Mitglieder zählte. Die Sparte entfaltet eine große Propaganda. Sie hat es ermöglicht, daß die Sparte heute bereits 150 Mitglieder zählt. Darunter sind 12 Sportlerinnen. Die Gruppe ist so gewachsen, daß es nicht mehr möglich ist, sämtliche Spartenmitglieder in dem augenblicklich zur Verfügung stehenden Spartenraum unterzubringen, so daß einzelne Abteilungen jetzt in die Bezirke des Zentralvereins verlegt werden. Die aktive Beteiligung der Mitglieder ist äußerst stark. In Kürze soll der erste Arbeitersegelflieger Berlin in die Lüfte steigen.

### Oppositionelle Arbeiteramariter in Front

Im Gebiet Wasserante fand eine Landeskonferenz der oppo-sitionellen Arbeiteramariter statt. Von den 61 Delegierten und Gästen waren 16 aus dem Arbeiteramariterbund, 15 davon Dele-gierte. In der Diskussion über die Berichte erklärten die Delegierten der Kolonne Iphoe des Arbeiteramariterbundes unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden den Uebertritt der Kolonne zur NSD. Beschlössen wurde, den Dienst zur Verfassungsfeier abzulehnen, ebenso jede Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz.

entscheidungen im Fuß- und Handball. Wasserballspiele. Beginn des Spartakiade-Fußballwettkampfes. Straßenlaufen und -gehen. Ge-pärdemarsch über 20 Kilometer durch Berlin. Kegler-Wettkämpfe in der Berliner Sporthalle. Saalveranstaltungen in allen Stadt-teilen.

Sonnabend, den 11. Juli: Schlußkämpfe in allen Sparten (Fuß- und Handball, Hockey, Rugby, Tennis, Schwimmen, Ringen, Bog-en, Jiu-Jitsu, Rad- und Motorradrennen, Reigen- und Kunstfahren, Schützen, Schach, Kegler usw.).

Sonntag, den 12. Juli: Demonstration aus allen Stadtteilen zum Neuföhner Stadion. Einmarsch der Sportler aller Länder und Sparten in das Stadion. Massengymnastik-Vorführungen aller Sparten. Endkämpfe der Leichtathleten. Festspiel.

Die Sonderveranstaltungen der einzelnen Landesorganisationen werden am Sonntag, dem 12. Juli, auf den verschiedensten Neben-plätzen des Neuföhner Stadions abgewickelt.

In der Zeit vom 4. bis 12. Juli finden außerdem auf etwa 120 Sportplätzen Freundschaftsspiele der Vereine aller Sparten und Länder statt. In Weiskensee während dieser Tage Zeltlager der Pfadfinder.

## Arbeiter-Sportler tretet kollektiv der Roten Hilfe bei

## Sport vom Sonntag

### Fußball

#### Gesellschaftsspiele

Der gestrige Sonntag brachte fast alle roten Fußballvereine auf den Plan, und die getätigten Ziele waren wiederum recht inter-essant.

Auf dem Askania-Sportplatz trafen sich Schwarz-Weiß und Rot-Weiß. Folgende Resultate fielen:

Nr. 26 der A 1 Z (ercheint Ende Juni)  
Sondernummer zur  
**Negerfrage**



Büddokumente und Berichte vom Leben und Freiheitskampf der Negerarbeiter in allen Ländern.

- Rot-Weiß I Knaben — Schwarz-Weiß I Knaben 1:0.
- Rot-Weiß I Jugend — Schwarz-Weiß I Jugend 0:3.
- Rot-Weiß II Senioren — Schwarz-Weiß II 2:2.
- Rot-Weiß I Senioren — Schwarz-Weiß I (abgebrochen) 1:2.

#### Stern — Janal Zentrum 4:1

Die behütendere Zentrum-Mannschaft hielt sich gegen die schnel-leren Stern-Leute recht wacker und wird, wenn sie eingespült sein wird, einen achtbaren Gegner abgeben.

#### Janal West II — Grün-Weiß II 2:1

### Achtung, Berlin-Fahrer!

Teilnehmer für die Fahrt zur Spartakiade melden sich noch bis zum 2. Juli beim Genossen Berger, p. A. Garbhan, Bergmann-straße 12, gegen Einzahlung des Fahrgebüh.

Das Spartakiadecomitee hat sich auf vielfachen Wunsch ent-schlossen, einen Wagen am Donnerstag, dem 9. Juli, abfahren zu lassen. Meldungen sind an obige Adresse zu senden. Das Fahrgeid beträgt 8 bis 10 Mark.

### ASV. Schwarz-Gelb

Die am Donnerstag, dem 17. d. M., stattgefundene Gründungs-verammlung ergab folgende Wahl:

- 1. Vorsitzender: Fritz Steinert, Rosspothstraße 3.
  - 1. Kassierer: Will Graupner.
  - 1. Schriftführer: Hans Graupner.
- Sitzungen jeden Donnerstag 20 Uhr bei Czoch, Bendenberg 1. Mitglieder werden aufgenommen.

NSD. Stern, Jizlan. Unsere Halbjahrs-Vollversammlung findet bestimmt am 3. Juli statt. Sehr wichtige Tagesordnung. Inter-essanten, die gewillt sind, sich an unserer Autopartie am 9. August nach Sadisch-Gellenau mit Ausflug nach der Heuschauer zu beteiligen, melden sich beim Genossen F. Scholz, Siedlung 5. Fahrpreis bei einer Beteiligung von mindestens 35 Personen 4,50 Mark hin und zurück.